

AT

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

33. Sitzung (nicht öffentlich)

09. Dezember 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 9.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)
Stenograph: Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

**1 Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungs-
ingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen
in Nordrhein-Westfalen
(ÖbVermIng BO)** 1

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3696**

Vorlagen 11/1398, 11/1410, 11/1580 und 11/1600

Zuschriften 11/1920, 11/1921, 11/1922, 11/1923, 11/1926,
11/1929, 11/1945, 11/1982, 11/2014, 11/2065,
11/2078, 11/2102, 11/2109, 11/2110, 11/2127,
11/2128, 11/2129, 11/2133, 11/2134, 11/2140,
11/2141 und 11/2142

Der Ausschuß berät abschließend über die Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/ Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen und kommt zu den in der Drucksache 11/4744 wiedergegebenen Beschlüssen.

2 Verschiedenes

Siehe Seiten 1 bis 3 des Diskussionsteils!

Berichterstatter: Jürgen Jentsch (SPD)

Aus der Diskussion

Der Ausschuß berät abschließend über den Gesetzentwurf der Landesregierung betreffend Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen und stimmt ab über die von der SPD-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge (Anlage 1 zu diesem Ausschußprotokoll) und der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge (Anlage 2 zu diesem Protokoll) - Siehe hierzu Seiten 33 - 35 der Beschlußempfehlung und des Berichtes des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drucksache 11/4744).

2 Verschiedenes

a) "Überprüfung" von Abgeordneten

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt mit Ausschuß mit, die Landtagsverwaltung sei mit einem Rechtsgutachten zu der Frage beauftragt worden, wie es um die Frage der "Überprüfung" von Abgeordneten bestellt sei.

b) Fahrt des Innenausschusses

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt dem Ausschuß mit, die Fahrt des Innenausschusses sei erneut abgelehnt worden, weil der Ausschuß bzw. der Ausschußvorsitzende trotz Aufforderung seitens der Präsidentin nicht reagiert habe. Außerdem sei keine neue Begründung für die Reise des Innenausschusses angeführt worden. Die Abgeordneten Dr. Linssen (CDU) und Hardt (CDU), hätten dies bestätigt. Die für Nordrhein-Westfalen gegebene Grenzsituation könne mit der in Mexiko überhaupt nicht verglichen werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen könne der Ausschuß für Innere Verwaltung jedoch für das Jahr 1994 eine solche Reise durchführen. Entsprechende Änderungen sollten zügig erreicht werden, damit sie zur nächsten Ältestenratssitzung vorgelegt werden könnten.